Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Jaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post gegen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Angabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 295 | Dresden, Dienstag den 21. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Harding und der Friedensvertrag

Paris, 21. Dezember. Nach einer Matinmeldung aus London wird aus Marion (Ohio) gemeldet, der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Harding sei endgültig entschlossen, keine Rücksicht auf den Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundstatut zu nehmen.

Streik im Berliner Gastwirtsgewerbe

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. Dezember. Ein neuer Angestelltenstreik droht im Gastwirtsgewerbe. Die Berliner Angestellten des Gastwirtsgewerbes befinden sich seit Oktober in einer Lohnbewegung. In dreimonatigen Verhandlungen ist ein Tarif aufgestellt worden, der bereits vom Verein Berliner Hotelbesitzer und dem Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin angenommen worden ist, dagegen haben sich die Verhandlungen mit der Lokalkommission der Berliner Gastwirte noch nicht zu einer Verständigung führen lassen. Die letzten Verhandlungen sind Sonnabend abgebrochen worden. Die Lokalkommission erklärte, daß sie am Montag, Dienstag und Mittwoch erst ihre Berufskollegen befragen müsse. Die Antwort soll bis Mittwoch abend 10 Uhr gegeben werden.

Es soll sich zu diesem Zeitpunkt entscheiden, ob die Gastwirte den Tarif unterschreiben, den die beiden genannten Organisationen bereits akzeptiert haben. Es kommen etwa 2000 Betriebe in Betracht, bei denen eine Einigung noch nicht erzielt ist. Die Angestelltenschaft will die Annahme ihrer Forderungen, von denen sie nicht abzugehen vermag, erkämpfen, und hat für morgen, Dienstag 12 Uhr, in drei Sälen Versammlungen einberufen, in denen über die endgültige Antwort der Gastwirte gesprochen werden soll. Wenn es nicht gelingt, noch vor der Versammlung zu einer Verständigung zu kommen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Gehilfenschaft in einen sofortigen Streik eintritt und es in Berlin zu Weihnachten geschlossene Gastwirtschaften gibt.

Unter bayerischer Botmäßigkeit?

Berlin, 21. Dezember. Wie wir erfahren, ist nunmehr nach Abschluß der Beratungen innerhalb der Reichsregierung und nach Beendigung der Verhandlungen zwischen dieser und dem bayerischen Ministerrat der Text der deutschen Antwortnote auf die Note des Generals Nollet fertiggestellt worden. Die Veröffentlichung der deutschen Note steht unmittelbar bevor. Ueber den Inhalt ist freilich nichts wesentlich Neues zu sagen. Die deutsche Reichsregierung paßt sich vollkommen dem, wie es den Anschein hat, übergeordneten Standpunkt der bayerischen Regierung an und führt für den Weiterbestand der Einwohnerwehren das Vorliegen eines höheren Staatsinteresses ins Treffen.

Die Hungersnot in China

Stockholm, 21. Dezember. Die Zeitung Dagens Nyheter hält mit, der Leiter der schwedischen Mission in China, Magnus Hedman, teilte auf Grund von Berichten der Missionare über die Hungersnot mit, daß namentlich die Provinzen Tschili, Schantung, Schansi, Setzwan und Honan, die von etwa 30 Millionen Menschen bewohnt seien, von der Hungersnot betroffen seien. In diesen Gegenden sei ein ganzes Jahr lang kein Regen gefallen. Zur Zeit lebe die Bevölkerung von Gras und Wurzeln.

Deutsche Wirtschaftsfragen in Brüssel

Brüssel, 20. Dezember. An der Sitzung der Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz vom Sonnabend vormittag erklärte der deutsche Sachverständige Ministerialdirektor Le Suire,

Deutschland könne exzitieren, wenn seine Ausfuhr die der Einfuhr überfriege.

deshalb sei Deutschland gezwungen, seine Einfuhr auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken. Weiter müsse es den inneren Verbrauch seiner eigenen Produktion herabsetzen, um so viel wie möglich für seinen Export zu erübrigen. Deutschland habe die Verpflichtung, den Alliierten Meistbegünstigungen zu gewähren, ohne dieselbe Meistbegünstigung von seiten der Alliierten zu erhalten. Infolgedessen sei es nicht mehr in der Lage, beim Abschluß von Handelsverträgen dem Vertragsgegner irgendwelche Vorteile zu bieten. Präsident Delacroix bat, die Wünsche der deutschen Delegierten genauer zu spezifizieren. Ministerialdirektor Le Suire entgegnete darauf, wenn die Konferenz konkrete Anregungen bezüglich der Klauseln des Friedensvertrages über die Meistbegünstigung hätte, so würden die deutschen Delegierten sie unverzüglich vorbereiten.

Sodann äußerte sich Dr. Melchior über die

Liquidation des deutschen Eigentums

im Auslande dahin, daß sie zu den wichtigsten Punkten gehöre, die die Voraussetzungen für die Zahlfähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen bilden. Der Wert dieses deutschen Eigentums **beziffere sich auf über 9 Milliarden Goldmark nur für die auf der Konferenz vertretenen Länder.** Die Einbehaltung dieser sämtlichen Werte dürfte für das Deutsche Reich eine **Entschädigungspflicht von 90 Milliarden Mark Papiergeld bedeuten.** Er würde es schon für einen sehr bedeutenden Fortschritt halten, wenn die Alliierten **anerkennen würden, daß derartige Maßnahmen,** soweit sie noch **nicht durchgeführt** sind, unterbleiben und Güter, die sequestriert, aber noch nicht liquidiert seien, **in natura zurückgegeben** würden. Bei schon erfolgter Liquidation sei der erzielte Gegenwert **zurückzuerstatten.** Es wäre sehr nützlich, wenn die alliierten Regierungen sich zu einem Schritte entschlössen, der die **Unverletzlichkeit des Privateigentums unterstreiche.** Dr. Melchior erklärte sodann, **wenn einem alliierten Lande ein Zusammenarbeiten mit Deutschland im geschäftlichen Interesse wünschenswert erscheine,** so müsse Deutschland wissen, daß seine Interessen in diesem Lande geschützt seien. Deutschland sei auf den internationalen Verkehr mehr als vor dem Kriege angewiesen, um Wiedergutmachungsleistungen zu machen. Hierzu gehöre vor allem Frieden, nicht nur politischer und militärischer, sondern auch **wirtschaftlicher Frieden.**

Bankdirektor v. Stauß gab der Ansicht Ausdruck, daß es eine große Hilfe wäre, wenn die Alliierten **eine Aenderung in der Höhe des Kursgleichsverfahrens herbeiführen würden,** die so willkürlich die Ergebnisse, wie sie bisher erzielt worden seien, für die Zukunft ausschließe.

Zum Verlust der deutschen Handelsflotte

erklärte **Generaldirektor Cuno,** die deutsche Regierung habe vorgeschlagen, die Auslieferung weiterer deutscher Handelsschiffe müsse eingestellt und das notwendige Minimum an Tonnage von den bereits abgelieferten Schiffen wieder zurückgegeben werden. Eine Antwort auf diese Anregung sei bisher nicht erfolgt. Eine eigene Handelsflotte sei aber unbedingt notwendig für die Durchführung der Wiedergutmachungsleistungen. Deutschlands Einfuhr und Ausfuhr sei fast völlig von fremder Tonnage abhängig. Dieser hindere die Wiederaufnahme des deutschen Warenhandels. Die Zurückerstattung eines Teils seiner Flotte würde nicht nur Arbeitsfähigkeit der seemännischen Bevölkerung, sondern auch der industriellen Arbeiterschaft erheblich vermindern und stände nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem der Alliierten und schließlich der ganzen Welt.

Brüssel, 20. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: Während des heutigen Vormittags wurden die Unterredungen zwischen den Sonderbeauftragten der Verbündeten und der Deutschen fortgesetzt, anscheinend jedoch ohne zu endgültigen Ergebnissen zu führen. Man hatte gestern die Absicht, heute nachmittag 4 Uhr eine Vollsitzung stattfinden zu lassen, aber gegen Mittag teilte der Sekretär der Konferenz mit, daß heute eine Sitzung der verbündeten Abordnungen stattfinden würde. Vielleicht würden die **deutschen Vertreter nicht vor Mittwoch zu weiteren Darlegungen aufgefordert werden.** Unter diesen Umständen wird es fraglich, ob die Konferenz noch zu dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt, also vor Weihnachten, auseinandergehen kann. Zwei weitere deutsche Sachverständige sind inzwischen in Brüssel eingetroffen, nämlich der Sekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes Silberschmidt als Vertreter der Arbeitnehmer und Bergrat Hilger als Vertreter der Kohlenerzeuger. Der zweite französische Sekretär ist wieder nach Brüssel zurückgekehrt.

Brüssel, 20. Dezember. Die Einzelbesprechungen wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt, besonders die Frage der Mindestbegünstigung, der Sachleistungen, die Finanzfrage und die Frage der Besatzungskosten wurden erörtert. Für morgen sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Auslande und über das Ausgleichsverfahren vorgesehen.

•

Paris, 20. Dezember. Der erste französische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel, Sendouz, erklärte dem Sonderberichterstatter des Matin: „Die Deutschen haben ihre Darlegungen unterbreitet und die Vorbehalte gemacht, die sie machen müssen und die wir erwartet haben. Das Wesentliche ist, daß die Erörterung nunmehr auf glückliche Art eröffnet worden ist. In den besonderen Verhandlungen, die jeder Delegierte mit den Deutschen haben wird, werden wir feststellen, welche wirklichen Möglichkeiten und welcher gute Wille vorhanden ist, um zu einem vorbereitenden Einverständnis zu gelangen, das gestattet, die Konferenz in Genf, die die Entscheidung treffen soll, aufzuklären und mit Belegen zu versehen. Die Deutschen, so erklärte Sendouz, hätten eine untadelige Haltung, sie setzten ihren Standpunkt ohne Abschweifung und ohne Spur eines agressiven Geistes auseinander. Man könne nur hoffnungsvoll sein, wenn eine Konferenz ihre Arbeiten so verstehe und so führe.“ Der Sonderberichterstatter des Matin stellt fest, daß diese Auffassung von allen andern Delegierten der Alliierten geteilt wird.

•

Die Beratungen vom Montag

Brüssel, 21. Dezember. Am Montag hatte sich die Konferenz in eine Anzahl von Miniaturkonferenzen zerlegt, die meist auf Grund der Sachverständigenanregungen vom vorigen Sonnabend geführt wurden. Die Japaner haben die Schiffahrtsfrage übernommen, die Italiener die Meistbegünstigungsfrage. Die Engländer besprechen die Repressaliendrohung und das Clearingverfahren, die Franzosen haben die Nachlaßerzeugnisfrage untersucht. Die Alliierten müssen sich nun über ihre weitere Taktik entschließen und die Eindrücke, die in den letzten drei Tagen gewonnen wurden, zusammenfassen. Insofern ist jetzt der kritische Augenblick eingetreten; die Alliierten sind nun an der Reihe, sich zu äußern.

•

Bezahlung nur durch Waren!

London, 21. Dezember. Westminster Gazette bemerkt zu den Bergmann Reden in Brüssel, die deutsche Entschädigung könne nicht anders als durch Waren bezahlt werden. Eine Goldzahlung sei unmöglich, und eine Uebertragung von Geldkrediten, der kein Warenfluß entspräche, wäre nutzlos, da sie den Markkurs sofort dem Nullpunkt näherbringen und den Gläubiger völlig ruinieren würde. Wir müssen uns mit dem Gedanken aussöhnen, bemerkt das Blatt, daß wir nie einen Pfennig erhalten werden, wenn wir keine deutschen Waren hereinlassen, und daß die Höhe der Entschädigung begrenzt sein muß.

Der Eisenbahner Schicksalsstunde

Von Th. Kotzur, M. d. R.

Gemeinschaftlich mit den übrigen Reichsbeamten haben die Eisenbahnbeamten Forderungen auf Erhöhung ihrer Bezüge gestellt. Regierung und Parlament sind in der Bewilligung bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was nach ihrer Meinung die Reichsfinanzen an Belastung ertragen können. Ob das letztere zutrifft, kann von dem Außenstehenden nicht ohne weiteres beurteilt werden. Sicher ist, daß das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert ist und kaum noch große Belastungsproben verträgt. Das ungedeckte Defizit im Reichsetat beträgt bereits jetzt 70 Milliarden Mark und wird sich in den nächsten Monaten noch ganz erheblich vergrößern. Die laufenden Ausgaben sind infolge der Kriegslasten außerordentlich groß und die weitere Steigerung ist noch gar nicht abzusehen. Allein die Sicherung der Broternährung in diesem Erntejahr wird voraussichtlich rund 8 bis 10 Milliarden kosten. Zur Deckung der gegenwärtigen und noch bevorstehenden Ausgaben sind die erforderlichen Einnahmen weder vorhanden noch zu erwarten, so daß schließlich nur eine weitere Steigerung des Notenumlaufs übrigbleibt. Ob aber die Reichsbank sich mit dieser Finanzgebarung dauernd einverstanden erklärt, bleibt abzuwarten.

Angesichts dieser Tatsachen könnte es unverständlich erscheinen, daß die Beamten trotzdem auf Erfüllung ihrer Forderungen beharren und die Arbeiter der Reichsbetriebe mit ganz ähnlichen Aufbrüchen für der Bewegung angeschlossen haben. Der objektive Beurteiler wird aber darüber nicht im Zweifel sein können, daß nicht Uebermut oder Ueberschätzung **der eigenen Macht** die Reichsbeamten und Arbeiter veranlaßt, an ihren Forderungen heute festzuhalten, sondern nur die bitterste Not. Sehr oft hört man nun, daß die hohen Eisenbahnerlöhne Unzufriedenheit herbeigeführt haben müßten. Ein paar Zahlen dürften zeigen, daß der Hinweis auf die angeblich hohen Löhne von falschen Voraussetzungen ausgeht. Der Reichslohntarif für die Eisenbahnarbeiter zerfällt in 8 Lohn- und 5 Wirtschaftsklassen. Hinzu kommt noch, daß der Lohn sich nach 7 Altersklassen abstuft. Auf Grund dieser Einteilung sind 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden, die dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlages einen Stundenlohn von 3,30 M. und im ungünstigsten Falle von 3,20 M. garantieren. Für weibliche Teilzeitkräfte in der Höchstlohn 3 M., der niedrigste 2 M. Berücksichtigt man, daß der Höchstlohn nur in 17 Großstädten erreicht wird und daß in der Privatindustrie bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, so könnte man billigerweise erwarten, daß die gestellten Forderungen der Eisenbahner eine gerechtere Würdigung als bisher finden. Noch ungünstiger als für die Arbeiter liegen die Einkommenverhältnisse bei den Beamten, wobei wieder zu unterscheiden ist zwischen den planmäßigen und den außerplanmäßigen Beamten. Ein planmäßig angestellter Schreibtischarbeiter bezieht zur Zeit im günstigsten Falle ein Jahreseinkommen von 12 750 M., im ungünstigsten Falle von 7500 M., bei den Diätaren betragen die Sätze 8100 M. bzw. 7400 M. pro Jahr. Zu diesen Sätzen kommt eine Kinderzulage, die für die Arbeiter pro Kind und Stunde einheitlich 20 Pf. beträgt. Für die Beamten gelten Monatssätze, die unter Hinzuziehung eines 50prozentigen Teuerungszuschlages bisher 60, 75 und 90 M. betrugen. An den vorstehenden Einkommensbezügen ist durch den letzten Parlamentsbeschluß wenig geändert worden. Bekanntlich erfolgte nur eine Aufbesserung der Kinderzuschläge, und zwar abgestuft nach Teuerungsklassen. Danach erhalten künftig die Beamten in der teuersten Klasse pro Kind und Monat je nach dem Lebensalter 100 M., 125 M. und 150 M.; in den Ortsklassen D und E, die die nichtteueren Orte enthalten, 70, 87,50 und 105 M. Für die nichtplanmäßigen Beamten ist eine Erhöhung des Ortszuschlages von 80 auf 100 Prozent vorgesehen.

Die Arbeiter sind bis jetzt leer ausgegangen. Deshalb wird es auch kaum überrascht haben, als in den letzten Tagen bekannt wurde, daß der Deutsche Eisenbahnerverband, der 550 000 Arbeiter und Beamte umfaßt, beschlossen hat, den Verhandlungsweg über die Lohn- und Gehaltsforderungen völlig zu erschöpfen, dann aber, wenn das Ergebnis unbefriedigend bleibt, den Streik durchzuführen.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter nimmt zur Zeit eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vor. Wie uns die Führer versichern, ist unter allen Umständen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Streik zu rechnen. Die Streikgefahr ist durch den Parlamentsbeschluß nicht beseitigt, sondern im Gegenteil erst recht in bedrohliche Nähe gerückt. Ueber den Zeitpunkt der Streikdurchführung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, dürfte zu Beginn des neuen Jahres die Schicksalsstunde für die Eisenbahner eintreten. Der Reichsfinanzminister hat im Reichstag angekündigt, daß als Ersatz für die nicht bewilligten Forderungen den Beamten das im Januar fällige Monatsgehalt möglichst schon vor Weihnachten ausgezahlt werden soll. Es gehört nicht